

FLORIAN HAVEMANN

68er Ost

Bis jetzt bin ich an meiner Absicht, daß wir uns hier erst mit der Vergangenheit des Sozialismus beschäftigen müssen, wenn wir denn gemeinsam über seine Zukunft nachdenken – bzw. vorausdenken – wollen, noch nicht irre geworden. Ich bin es auch nicht durch unser Treffen am 2. Juni, das schon etwas von der Schwierigkeit offenbarte, ein solches Gespräch über die Vergangenheit so zu führen, daß diese dabei nicht bloß Vergangenheit bleibt. Wir haben am 2. Juni – veranlaßt dadurch, daß dies der Tag ist, an dem im Jahre 1967 in West-Berlin am Rande einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde, und angeregt durch einen Einführungsvortrag von Wolfgang Fritz Haug – über das mythische Jahr 68 diskutiert und versucht, den Entwicklungen im Westen, die in diesem Jahr kulminierten und von ihm auch angestoßen wurden, nachzuspüren.

Florian Havemann –
Jg. 1952, nach Protesten
gegen den Einmarsch in die
ČSSR 1968 Verurteilung
wegen staatsfeindlicher
Hetze, 1971 Flucht in den
Westen, Arbeit als Elektriker,
Hausmeister und Beleuch-
ter, Bühnenbild-Studium an
der Hochschule der Künste
bei Achim Freyer, seit 1999
Verfassungsrichter des
Landes Brandenburg,
Stücke: Projekt: Speer;
ROSA; Stück ohne Titel
oder das ominöse Kartell;
Der Kandidat; Der Kanzler;
Der Skandal; Die Sekretärin;
Doppel-Leben

Bezeichnenderweise war die Diskussion unter uns dann nicht wirklich produktiv, und dies hatte sicher mit den Verständigungs- und Verständnis-Schwierigkeiten zu tun, die es auch zwischen West- und Ost-Linken gibt. Wolfgang Fritz Haug hat in seinem Vortrag auf das Bezug genommen, was ich in meiner Einführungsrede so etwas kühn behauptet hatte: daß nämlich die sozialistische Bewegung als eine der Bewegungen des 20. Jahrhunderts anzusehen sei, denen es darum ging, Ordnung in die von Widersprüchen und Klassenkämpfen zerrissene Gesellschaft zu bringen, die mit der Industrialisierung, mit dem liberalen Kapitalismus in die Welt gebracht worden war. Er hat dann, ganz zu Recht, wie ich meine, darauf hingewiesen, daß die westliche Linke, deren Entwicklung im Jahre 1968 kulminierte, von einem ganz anderen, ja entgegengesetzten Motiv angetrieben wurde: dem der Rebellion gegen eine bestehende Ordnung, zu der nicht nur gehörte, daß sie in Vietnam mit Waffengewalt verteidigt werden mußte, zu der nicht nur gehörte, daß sie einen ehemaligen Nazi wie Hans Georg Kiesinger zum Bundeskanzler machte und meinte, sich in Notstandsgesetzen und dann auch Berufsverboten verteidigen zu müssen, sondern zu der auch der Krawattenzwang oder diese Schilder gehörten, die es damals noch überall zu finden gab und auf denen zu lesen stand: »Betreten des Rasens verboten!«

Wenn wir dies einmal annehmen, wenn wir diesen Unterschied der Grundmotive – Ordnungsstreben und Rebellion gegen eine Ordnung – als möglicherweise entscheidend begreifen, dann könnte vielleicht als ein Erkenntnissschritt dabei helfen, daß die möglichen (so nannte das Wolfgang Fritz Haug: die *möglichen*) Subjekte einer dann ge-

samtdeutschen Linken, die bisher immer noch eine Linke aus dem Osten und eine Linke aus dem Westen ist, mit ihrer so unterschiedlichen Geschichte zueinander finden. Dies gehe nicht – so hat Wolfgang Fritz Haug konstatiert –, solange diese gespaltene Geschichte ihr Bewußtsein bewußtlos bestimmt. Vielleicht sollten wir mal dem Vorschlag folgen, den Haug mir gegenüber nach unserer auch für ihn nicht sehr glücklichen Diskussion beim letzten Mal gemacht hat, und uns gegenseitig von Ost nach West und von West nach Ost alles das an den Kopf werfen, was es an Vorurteilen und gegenseitigen Einschätzungen und Beurteilungen auch unter Linken (noch) gibt.

Es hat ein 1968 nicht nur im Westen gegeben. Das Jahr 68 ist auch für den Osten von größter Bedeutung, und zwar durch die Entwicklung in der ČSSR, durch das, was man den *Prager Frühling* genannt hat, auf den dann der schreckliche 21. August folgte, die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten. Darüber wird zu reden sein und auch darüber, daß es im Osten eine 68er Bewegung gegeben hat, deren Schicksal mit der des Prager Frühlings auf das engste verbunden ist.

Ich bin auf meine Weise selbst ein 68er, habe mich jedenfalls immer als ein solcher begriffen. Ich gehöre zu der zahlenmäßig sehr kleinen Gruppe von Leuten, die man die Ost-68er nennen könnte – vielleicht waren das insgesamt 200 Menschen, mehr nicht. Man kannte sich untereinander nicht vollständig, man kannte aber die meisten, kannte sie wenigstens vom Sehen und Hören, kannte sie von ihren Spitznamen her.

Diesen maximal 200 Leuten, die sich gut und gerne in einem mittelgroßen Kulturhaus hätten versammeln können, war es auf Grund der im Vergleich mit dem Westen unfreien Bedingungen in der DDR niemals möglich, zusammenzukommen und dann ihre Sache, ihre Ziele und ihre Probleme zu diskutieren, geschweige denn, in all diesen Fragen zu einer Einigkeit und Stärke zu gelangen. Das Medium dieser Ost-68er, das Medium ihres Austausches blieb das Gespräch – das allerdings oft sehr intensive – in kleinen Grüppchen, die wohl nur informelle Gesprächskreise genannt werden können. Das Medium größerer Zusammenkünfte war die Party. Diese kleine Gruppe versuchte, alles zu sein, alles zu machen – alles das, was auch anderswo zu 68 dazu gehört: Sie versuchte eine andere Kunst und Kultur, eine andere Art des Lebens und dann auch der Kindererziehung auszuprobieren, sie versuchte sich in der sexuellen Befreiung, in anderen Geschlechterverhältnissen, sich versuchte sich in anderen Räschen und sie versuchte auch, eine andere Art von Politik zu denken und zu praktizieren. Das war natürlich alles *ein bißchen ville* und zuviel für eine so kleine Gruppe, die dabei noch durch die Umstände, die politischen Verhältnisse behindert war. Zumal hier im Geiste von 68 keine Rollenaufteilung untereinander möglich war, wie sich dies sonst in Provinzen beobachten läßt, die aber doch den Ehrgeiz haben, am großen Spiel der großen Welt in ihrer kleinen Weise, mit ihren geringen Ressourcen teilzuhaben – Claude Levi-Strauss hat das in seinem Buch von den *Taurigen Tropen* wunderbar für das Rio de Janeiro der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts beschrieben. 68 ging es um den ganzen Menschen, und also mußte jeder einzelne von uns alles sein.

Der hier abgedruckte Text folgt einem Vortrag, den der Autor am 29. August 2003 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Berliner Franz-Mehring-Platz im Rahmen der von ihm ins Leben gerufenen *Denkwerkstatt* gehalten hat. Der Beitrag schließt unmittelbar an den von Wolfgang Fritz Haug an, den wir auf den vorhergehenden Seiten abgedruckt haben.

»Während der VII. Parteitag der SED 1967 noch im Erfolgsgefühl des reformgespeisten wirtschaftlichen Aufschwungs schwelgte, begann Ulbricht bereits die Beziehungen zur UdSSR zu strapazieren. Das »entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus« als relativ selbständige sozialökonomische Formation machte die DDR so zum Vorreiter der Entwicklung und holte die UdSSR, welche nominell seit 1936 den Kommunismus aufbaute, auf den Boden des Sozialismus zurück. Die sowjetische Verstimmung über Ulbricht (...) war vorprogrammiert.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, hrsgg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler in Zusammenarbeit mit Christine Krauss und Detlef Nakath, Berlin 1997, S. 210.

»Im Rahmen des nun präzisierten ›Ökonomischen Systems des Sozialismus‹ wurden aus den ökonomischen Hebeln ›Preis‹, ›Gewinn‹, ›Geld‹ Kategorien sozialistischen Wirtschaftens. In der ČSSR, wo man mit Ota Šik noch einen Schritt weiter in Richtung ›sozialistischer Marktwirtschaft‹ zu gehen im Begriffe war (und dessen Buch ›Ökonomie, Interessen, Politik‹ in der DDR offizielles Lehrbuch an der Berliner Hochschule für Ökonomie wurde), gab es jedoch noch einen für die Herrschenden aller anderen osteuropäischen Länder alarmierenden sozialistischen Demokratisierungsprozeß, der sofort die Gegenfront der Bürokraten wieder einte.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O.

Kein Wunder, daß bei all diesen so ins Grundsätzliche gehenden Bemühungen erst einmal wenig herausgekommen ist – erst einmal, denn es ist ja dann, wie sich im Verlaufe der folgenden Jahre erwies, sehr, sehr viel herausgekommen. Diese kleine, so intensiv auf sich und ihre geistigen und moralischen Probleme bezogene Gruppe war eine Brutstätte von Begabungen, ein Talentschuppen, wie es das nur ganz selten gibt. Selbst Leute, die ich für blasse Randfiguren hielt, haben dann später Bücher geschrieben, für die sie Preise bekamen, gefeiert wurden. Zu dieser Gruppe gehörten Thomas Brasch, Katharina Thalbach, Nina Hagen, Barbara Honigmann, Toni Krahl, Reinhardt Stangl, Hans Scheib, zu ihr gehörte auch als ein sehr junger Mann Thomas Heise, zu ihr gehörten ein paar mehr, die später dann erfolgreiche Wissenschaftler, Dramaturgen, Redakteure und auch Künstler wurden, die nicht so bekannt geworden sind. Diese Gruppe besaß auch eine große Anziehungskraft auf Leute, die nicht direkt zu ihr gehörten – ich spreche dabei von Einar Schleaf, Heiner Müller, B. K. Tragelehn, Thomas Langhoff und auch von Wolf Biermann. Diese Gruppe zog für eine Zeitlang alles an, was an unzufriedenen Leuten, was an künstlerischem und geistigem Potential in Ost-Berlin existierte.

Bemerkenswert ist, daß diese Gruppe keine Politiker im engeren Sinn hervorgebracht hat. Dies war natürlich sehr stark den Umständen geschuldet, die eine freie politische Tätigkeit nicht zuließen – der einzige, der hier zu nennen wäre, das ist Gerd Poppe, bei uns damals Popow genannt, der dann in der Wende eine Rolle spielte und später Menschenrechtsbeauftragter im Außenministerium des wiedervereinigten Deutschlands wurde. Dies war aber nicht nur den politischen Umständen geschuldet, sondern auch unserem Verständnis dessen, was 68 bedeutet. Wenn man für das westliche 68 feststellen kann, daß im nachhinein vor allem dasjenige Wirkung gezeitigt hat, was man den kulturrevolutionären Teil dieser Bewegung nennen kann, so war gerade dies für uns immer die Hauptsache, und zwar von Anfang an. Wir verfolgten, so gut uns dies möglich war, die Entwicklung des westlichen 68, der Studentenbewegung. Es gab auch direkte persönliche Kontakte – so waren Leute wie Langhans, Teufel und Kunzelmann von der Kommune 1 bei unseren Partys, später dann auch Rudi Dutschke. Für uns waren diese Leute, mit denen wir uns verbunden fühlten, aber nur Teil einer Bewegung, die viel mehr einschloß. Bob Dylan und Jimi Hendrix waren da mindestens ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. Diese Musik stellte eine Verbindung her, die bis in die Provinz reichte, zu einer viel größeren Gruppe, zu den sogenannten Beat-Fans, die damals vom Staat verfolgt wurden, und unter denen es wohl die damals einzige, wirklich funktionierende illegale Organisation gab: den Plattenclub.

Ich habe mich oft gefragt, ob unser Ost-68 nur als Ausläufer, als *dépendance* des westlichen 68 zu gelten hat, ich habe mich auch gefragt, ob unser 68 nur zufällig mit dem westlichen 68 zusammenfiel und wir unser eigenes, originäres 68 vollzogen haben, das mit dem westlichen nicht viel zu tun hatte, oder ob hier wirklich gemeinsame Anliegen existierten, parallel wirkende Ursachen und Motive.

Die Bedingungen unseres Handelns waren völlig andere: Wenn ich dabei nur an die Flugblätter denke, von denen mich vielleicht 40 – und zwar noch nicht mal verteilte! – wegen staatsfeindlicher Hetze ins Gefängnis brachten, und wenn ich mich dann an den Kulturschock erinnere, den ich erlitt, als ich zum ersten Mal in West-Berlin in die Mensa der TU ging und dort auf den Tischen hunderte der verschiedensten Flugblätter rumliegen sah, die niemand las und die niemand zu interessieren schienen.

Das Medium unseres Wirkens war ein anderes: Es gab keinen *Club Voltaire*, keine Zeitschriften wie das *Kursbuch* oder das von den Haugs herausgegebene *Argument*, noch nicht einmal unseren eigenen Samisdat, der uns bei der Selbstverständigung hätte helfen können. Schon allein einen solchen zu betreiben, hätte einen für mehrere Jahre ins Gefängnis bringen können.

Auch waren die Anlässe, politisch zu werden, ganz andere: Waren es im Westen der Krieg der Amerikaner in Vietnam, die Notstandsgesetze oder eine Hochschulpolitik, die Protest hervorrufen mußte, so gab es für jeden von uns im Osten diese vielen kleinen Anlässe, diese Zumutungen, irgendwelchen Dingen zustimmen zu müssen, mit denen kein vernünftiger Mensch einverstanden sein konnte, so daß es dabei erstmal nicht eigentlich um den Unterschied politischer Auffassungen ging, sondern darum, ob man die eigene moralische Integrität wahren und den Preis dafür zu zahlen bereit war, den dies kostete.

Die faschistische Vergangenheit bedeutete für uns etwas anderes. Den Vorwurf, den die meisten 68er im Westen zu machen hatten – daß ihre Eltern in der Nazizeit zumindest Mitläufer, wenn nicht mehr gewesen waren –: den hatten wir in unserer Gruppe nicht zu machen. Unsere Mütter und Väter waren entweder im aktiven Widerstand gegen die Nazis gewesen oder hatten die Jahre der Naziherrschaft im Exil, in der Emigration verbracht. Die Frage, die sich für uns stellte, war die, ob die Entwicklung der DDR-Gesellschaft nicht von uns verlangte, dem heroischen Beispiel unserer Eltern zu folgen, was bedeutete: konspirativ zu handeln, selbst Widerstand gegen diese Entwicklung zu leisten, die wir als eine antisozialistische ansahen.

Auch die Zuspitzung, die es bei einer solchen Bewegung immer gibt, hatte für uns einen ganz anderen Charakter: Terror, wie es ihn im Westen von seiten der Linken gegeben hat, war für uns völlig ausgeschlossen, wir mußten (und konnten uns auch) mit nur symbolischen Akten begnügen.

Ich bin hier beim letzten Mal bei unseren West-Referenten auf wenig Gegenliebe, ja, heftige Ablehnung gestoßen, als ich glaubte, etwas Erhellendes zu unserer Diskussion über 68 beitragen zu können, indem ich mich auf Henry Kissinger und Norbert Elias bezog. Ich versuche dies jetzt noch einmal, wo die beiden Haugs nicht dabei sein können, denen es schon gegen den Strich ging, sich überhaupt mit einem Denker wie Norbert Elias beschäftigen zu müssen, der ihnen 68 als Vertreter der bürgerlichen Liberalen entgegenstand – dem Hinweis von Wolfgang Fritz Haug darauf, daß das epochemachende Hauptwerk von Norbert Elias »Über den Prozeß der Zivilisation« von diesem bereits in den 30er Jahren geschrieben wurde, und daß

»In den Unterlagen der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe – d. Red.) des MfS (Ministerium für Staatssicherheit – d. Red.) findet sich zum Beispiel eine »Auskunft über das System und die Methoden der Feindtätigkeit zur Durchsetzung der Ziele der sog. Neuen Ostpolitik, besonders gegenüber der ČSSR, über ihre Auswirkungen in der ČSSR und über die Versuche zur Ausnutzung der Vorgänge in der ČSSR zur Forcierung der politisch-ideologischen Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR« vom Mai 1968. Infolge der Entwicklung in der ČSSR kommen bei Teilen der Studenten und der Lehrkörper der Universitäten und Hochschulen, der Kulturschaffenden und der Angehörigen der Intelligenz solche Tendenzen wieder zum Durchbruch, wie sie im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über Havemann (gemeint ist Prof. Dr. Robert Havemann, der Vater von Florian Havemann – d. Red.) und vor dem 11. Plenum des ZK der SED festzustellen waren.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O., S. 211.

»Obwohl ein ZPKK-Bericht (Zentrale Partei-Kontroll-Kommission – d. Red.) vom 12. Dezember 1968 überwiegende Zustimmung der SED-Mitglieder zu den Maßnahmen der WVO-Staaten (Warschauer Vertragsorganisation – d. Red.) gegen die ČSSR vermerkte, gab es trotz der 1968/69 massiv einsetzenden Indoktrination Parteistrafen gegen 2883 SED-Mitglieder wegen »unklarer Auffassungen, schwankenden Verhaltens, parteischädigenden Auftretens und parteifeindlicher Handlungen«, darunter 223 Ausschlüsse. Allerdings waren die Proteste sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei weder konzeptionell rückgebunden noch (wie 1953) sozial fundiert, also in ihrer Breite und Tiefe äußerst begrenzt. Deutlich wurden die Erfolge der Doppelstrategie, Widerspruch entweder durch Reintegration zu absorbieren oder durch massive und demonstrative Einschüchterung zu liquidieren. Der trotzdem periodisch wiederkehrende Widerspruch und punktuelle Widerstand von der Basis gegen die herrschende Parteilinie konnte sich weder organisieren noch politisch stabilisieren.«
Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O.

auch ein intelligenter Mensch im Alter nicht davor gefeit sei, Unsinn zu erzählen, ist natürlich schwer zu widersprechen. Die Ablehnung, sich mit einem Gedanken von Henry Kissinger einzulassen, war da natürlich eine noch vehementere, denn, daß der in dieser Zeit auf der Seite der Gegner stand und eine Politik betrieb, die wir wohl alle hier abgelehnt haben, das dürfte klar sein. Henry Kissinger zu verdächtigen, daß seine Äußerungen zu 68 interessengeleitete sein müßten, daß sie nur dazu da sein könnten, sich vor seinen Kritikern zu rechtfertigen – das ist sicher etwas, das jeder von uns nachvollziehen kann. Trotzdem glaube ich, daß wir es hier mit einem kulturellen Unterschied zwischen West- und Ost-Intellektuellen zu tun haben. Wir, die wir in einer Welt der Verbote, der Zensur von Büchern groß geworden sind, wollen uns nicht selber solche Verbote auferlegen. Das Interesse, uns mit den Gedanken unserer Gegner zu beschäftigen und auch bei ihnen nach Anregungen zu suchen, scheint mir bei Ost-Intellektuellen stärker. Man denke nur an Heiner Müller und seine Faszination durch Carl Schmitt, denke an die Wirkung, die Nietzsche dann auf viele im Osten gehabt hat. Vielleicht spielt dabei schon die Überraschung eine Rolle, erkennen zu müssen, erkennen zu können, daß auch auf der andern Seite gedacht wurde.

Als ich im Jahre 1971 in den Westen ging und dort dann auf die Reste von 68 und damit auf Leute traf, mit denen ich doch sehr wenig anfangen konnte (umgekehrt war das genauso), war das für mich eine wichtige Frage, herauszufinden, was denn dieses 68, zu dem ich mich in meiner kleinen DDR-Opposition bis dahin mit dazu gezählt hatte, überhaupt gewesen sei. Mit den 68ern selbst war darüber wenig zu reden, ihre Selbstreflexion war gering, ich traf sie in einer Phase der Depression, der unfruchtbaren Sektiererei an, damit beschäftigt, mit dem Gang einiger ihrer Genossen in die Illegalität und dem Problem des Terrors klarzukommen. Ich war also froh, in den Jahren danach dann doch ab und an auf einige für mich erhellende Äußerungen zu stoßen – so bei den beiden Genannten, bei Henry Kissinger und Norbert Elias. Von Kissinger gibt es nur ein paar kurze Äußerungen in seinem zweibändigen, autobiographischen Buch »The White House Years«, das ich sowieso jedem politisch Denkenden zur Lektüre empfehlen würde. Wer etwas über amerikanische Außenpolitik erfahren möchte, der sollte dieses Buch lesen, und dies besonders deshalb, weil Kissinger ja zu einem der kritischen Betrachter dieser Politik gehört, die er, insgesamt dabei wahrscheinlich erfolglos, zu verändern suchte. Von Norbert Elias erschien dann im Zuge der eigentlichen Entdeckung dieses Denkers eine umfangreichere Studie, die sich mit 68 beschäftigt und als Teil eines Buches über die Deutschen veröffentlicht wurde. Für Norbert Elias lag das Hauptinteresse dabei (und das schon wird vielleicht manchen guten alten 68er ärgern) auf dem Problem der Entstehung des westdeutschen Terrorismus, und er stellte diesen (und auch das dürfte manchen 68er ärgern) mit dem rechtsradikalen Terrorismus der 20er Jahre in Beziehung. Die zentrale Frage, die sich einem unbefangenen Betrachter nämlich in bezug auf 68 stellte, ist ganz grundsätzlich erstmal die: Wie kam es denn, daß Studenten plötzlich links wurden?

Das bedarf schon einer Erklärung, denn Studenten waren in Deutschland lange Zeit sehr rechts, überwiegend rechts, und man

denke da nur an die Rolle der studentischen Corps mit ihren Duellen, den Schmissen, den Besäufnissen, man denke an die radikal nazistische Studentenschaft, die ja von selbst darauf gekommen ist, diese Bücherverbrennungen zu veranstalten, die für uns so stark das Bild dieser geistesfeindlichen Epoche prägen. 68 ließ sich sagen: Der Geist steht links. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, er täte dies logischerweise immer. Norbert Elias bietet dafür, warum dies 68 anders war und wie es in dieser Zeit zu einer Renaissance des Marxismus kommen konnte, interessante Erklärungen – ich kann also hier auch seine Studie nur empfehlen.

Henry Kissinger und Norbert Elias, das sind natürlich sehr verschiedene Leute, und wahrscheinlich wird sie bisher noch keiner so zusammengebracht haben, wie ich dies hier tun möchte. Was sie beide vereint, ist, daß sie beide die akademische Welt gut kannten, zu der sie – aber eben nur als Außenseiter – gehörten. Eine solche Zwitterstellung hat ja manchmal den Vorteil, daß sie einem in Vertrautheit bei gleichzeitiger Distanz ermöglicht, Dinge sehr viel klarer sehen zu können, als das den direkt Beteiligten möglich ist. Beide, Kissinger und Elias, kommen in verblüffender Weise zu dem gleichen Befund, wenn sie über 68 sprechen, sie benutzen sogar fast gleichlautende Formulierungen – auch wenn die natürlich für sie jeweils sicher anders akzentuiert sind. Beide sprechen davon, daß diese Generation, die da 68 als eine Generation aufbegehrte, für sich als Generation nach einem Sinn suchte.

Kissinger, von Hause aus Historiker, konstatiert dies, seine Erklärungen dafür, warum dem so sei, sind sehr viel politischer und verweisen auf einen geschichtlichen Zusammenhang, sie gehen vielleicht auch nicht so tief. Der Erklärungsansatz von Norbert Elias ist, wie sollte es anders sein, ein soziologischer, und ich vermute, daß uns seine Thesen darüber, daß in unserer Art von Gesellschaft immer wieder junge Generationen dazu gebracht werden, nach dem Sinn ihrer Existenz suchen zu müssen, sehr viel bedeuten könnten, wenn wir die gegenwärtige Gesellschaft und deren Entwicklungen betrachten, und besonders auch, wenn wir danach Ausschau halten, welche Kräfte sich für Veränderungen und dann vielleicht auch in einer linken Partei engagieren könnten.

An einer Stelle schreibt Kissinger über seinen Präsidenten Richard Nixon: »Er hatte kein Gefühl für die metaphysische Verzweiflung derer, die vor sich ein Leben in materiellem Überfluß sahen, das aber in einer geistigen Wüste geführt werden mußte.« An anderer Stelle heißt es: »Es geht darum, dem Leben einer Generation einen Sinn zu geben, einer jüngeren Generation in Staaten, die zunehmend von Bürokratien und von der Technologie beherrscht werden.« Und mal ganz unabhängig davon, ob nun Frigga und Wolfgang Fritz Haug solche Formulierungen für treffend und gar zutreffend, ob überhaupt für diskussionswürdig halten würden, will ich sie hier zum Ausgangspunkt meiner Betrachtungen über die Ost-68er machen, die mit ihnen natürlich so nicht gemeint waren und auch nicht gemeint sein konnten. Ich glaube schon, daß sich da einiges auf uns übertragen läßt.

Auch wir, die wir in der DDR groß geworden waren, die wir also nicht an den heroischen Kämpfen beteiligt gewesen waren, die der

»Zunächst haben die Renaissance linken und marxistischen Denkens in der BRD und die in den Diskussionen der Außerparlamentarischen Opposition sowie der ›Neuen Linken‹ seit Mitte der sechziger Jahre thematisierten Inhalte gerade auf jüngere Intellektuelle der damaligen DDR zumindest punktuellen Einfluß gehabt. Namentlich die Wiederentdeckung von durch die stabilisierten kommunistischen Parteien verfernten linken Theoretikern, der Anti-Vietnam-Kriegsbewegung und der neue Politistil in diesem Milieu vor dessen Versekung in diversen K-Gruppen der siebziger Jahre hatten auch für junge kritische SED-Mitglieder eine hohe Attraktivität. (...) In der DDR wurde die Jugend der Sechziger in der Breite jedoch viel mehr von der gleichzeitig kulminierenden antiautoritären Subkultur des Westens beeinflusst. Direkt politisch wurde sie aber höchstens an ihren linken Rändern ›infiziert‹ und staatlicherseits (wenn Disziplinierung zu aufwendig erschien) postwendend instrumentalisiert.«

Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, a. a. O.

»Sozialismus ist Demokratie« – dies große Wort muß wahr gemacht werden. Das ist heute angesichts der erregenden Entwicklung in der ČSSR unsere leidenschaftliche Hoffnung. Wir Deutschen Sozialisten und Kommunisten führen einen schweren Kampf. In der westdeutschen Bundesrepublik hat sich ein wirtschaftlich äußerst leistungsstarker spätkapitalistischer Staat restauriert. Er erweckt bei vielen mit Erfolg den Eindruck, er sei freiheitlich und demokratisch. Wir in der DDR haben mit großen Mühen und auch mit erheblichen Erfolgen unsere Wirtschaft aufgebaut und Industrie und Landwirtschaft auf guten Stand gebracht. Ich glaube, daß die Lösung der deutschen Frage im Sinne von Sozialismus und Demokratie fast unvorstellbar erleichtert und beschleunigt würde, wenn der Weg, den die ČSSR jetzt eingeschlagen hat, auch bei uns beschritten wird.«

Robert Havemann:
Sozialismus und Demokratie. Der ›Prager Frühling‹ – ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen, in: Die Zeit, 31. Mai 1968, hier zitiert nach: Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen, hrsgg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 209.

Gründung dieses Staates vorausgingen, die wir auch nicht zur Gründergeneration dieser DDR gehörten, sahen vor uns ein Leben in einem Staat, der zunehmend von einer Bürokratie geprägt war, die den Bewegungsspielraum aller – nicht nur der ihr direkt Unterworfenen, sondern auch der politischen Akteure – immer mehr einengte. Wir sahen ein Leben vor uns, das von der Technik, von technischen Notwendigkeiten bestimmt sein würde, und daß uns dies nicht behagte, nicht behagen konnte, jedenfalls keinerlei Begeisterung mehr in uns wecken konnte – das weist vielleicht schon darauf hin, daß diese Epoche des Fortschrittsglaubens, in der wir groß geworden waren, zu Ende ging. Ich erinnere nur an das Buch, das alle DDR-Jugendlichen zu ihrer Jugendweihe bekamen, erinnere an »Weltall, Erde, Mensch«, wo uns in Bildern, die man von heute aus nur belächeln kann, für alle Probleme der Menschheit eine technische Lösung vorgestellt wurde. »Sowjetmacht plus Elektrifizierung gleich Kommunismus« – das war eine Losung, die vielleicht auch uns begeistert hätte, aber eine elektrifizierte DDR, bei der nur nach einem feststehenden Plan irgendwelche Schalter umzustellen waren, das war so etwas natürlich nicht, und auch die Phase, die Leute wie Volker Braun und Heiner Müller noch in ihren Bann zu ziehen vermochte, die Phase Schwarze Pumpe, Stalinstadt, Eisenhüttenstadt, wo dem Bau von Industrieanlagen etwas Heroisches anhaftete, war bereits vorbei. Auch wenn wir anders als unsere Altersgenossen im Westen noch kein Leben in materiellem Überfluß vor uns sehen konnten, sahen wir nicht, daß diese Gesellschaft, in die wir hinein geboren, in der wir groß geworden waren, ein anderes Ziel denn das des bloßen materiellen Wohlstands hatte. Auch vor uns lag eine geistige Wüste, denn das, was uns als Sozialismus hingestellt wurde, das war nichts, was uns als junge Sozialisten in irgendeiner Weise begeistern oder motivieren konnte.

Diese kleinbürgerlich geordnete Wüste aber, der alles Weite und Großartige fehlte, die sich da um uns immer mehr ausbreitete, sie lebte noch, lebte in uns, die wir die Frage stellten, ob denn dies etwa der Sozialismus sei – der, den wir uns vorgestellt hatten, war es jedenfalls nicht, und wir konnten uns auch nicht vorstellen, daß die Begründer der sozialistischen Bewegung, daß Marx, Engels und Lenin einen solchen geisttötenden Sozialismus gemeint haben konnten, der die Produktivität der Menschen mehr einzuengen schien, als daß er sie befreite. Und, um noch einmal Kissingers Formulierung aufzugreifen: Wir konnten auch nicht davon ausgehen, daß unsere Oberen die metaphysische Verzweigung verstehen oder wenigstens nachvollziehen konnten, die von uns Besitz ergriffen hatte – diese Verzweigung, die zwar von dem bißchen Sozialismus-Erfahrung, das in der DDR nur möglich war, ausging, aber zugleich doch weit darüber hinaus reichte.

Mein Freund Thomas Brasch hatte kurze Zeit nach der Biermann-Ausbürgerung ein längeres Gespräch mit Erich Honecker, bei dem es darum ging, ob auch er die DDR verlassen könne, verlassen solle. In diesem Gespräch sagte Erich Honecker, nachdem sie eine Weile diskutiert und Thomas Brasch von seinen DDR-Erfahrungen erzählt hatte, den bezeichnenden Satz, es ginge ihm, Honecker, doch genauso wie Thomas Brasch: Auch er habe sich den Sozialismus ganz

anders vorgestellt – das Verständnis wäre also doch da gewesen. Nur: Es gab keine Möglichkeit der öffentlichen Debatte über diese Frage in der DDR, und es konnte sie in dieser DDR auch nicht geben.

Wer sich ein bißchen in der russischen Literatur auskennt und zum Beispiel »Die Dämonen« von Dostojewski gelesen hat, wird sich vielleicht eine Vorstellung von dieser kleinen provinziellen Welt machen können mit all ihrer erhabenen Lächerlichkeit, in der sich dieses Drama der Ost-68er abspielte. In Rußland hatte diese Gesellschaftsschicht einen Namen, das waren die höheren Sphären, und zu denen gehörten sie beide, die Vertreter der Macht und die Kritiker der Macht. In der DDR sprach man von den Bonzen, und wenn wir hier von den Ost-68ern reden, dann sprechen wir von Bonzen-Kindern, von den Söhnen und Töchtern der höheren DDR-Nomenklatura, dann sprechen wir von dieser eigenartigen DDR-Aristokratie, diesem sozialistischen Adel, den es gegeben hat. Es war unsere Existenz, die keinen Sinn zu haben schien. Was uns fehlte, das war eine Aufgabe, die den Ehrgeiz befriedigt hätte, der durch die Taten, durch das heroische Beispiel unserer Eltern geweckt worden war. Es war für uns, so überraschend dies auch klingen mag, in dieser DDR-Gesellschaft eigentlich gar kein Platz vorgesehen – jedenfalls nicht als Kinder unserer Eltern, und insoweit stellt sich die Frage, ob der Vergleich mit einer Aristokratie stimmig ist. Man könnte dies nun als etwas Positives werten: daß diese Leute, die die DDR beherrschten, nicht darauf hin arbeiteten, ihren Kindern, ihren direkten leiblichen Nachfahren dereinst den Laden, d. h. die Macht, zu übergeben. Trotzdem würde ich sagen, daß sich darin, daß es ihnen nicht gelang, diese Gruppe, zu der ich gehörte, in das System zu integrieren, schon das Ende des Sozialismus abzeichnete.

68, das war für uns ein Aufbruch. Die Sozialismus-Frage stellte sich neu, und wir suchten nach neuen Wegen, wie man als Sozialist in der DDR politisch aktiv sein konnte, ohne daß dies von der Partei gesteuert wurde. 68 bedeutete aber auch das ganz schnelle Ende all dieser Versuche und Hoffnungen. Das Ende wird durch ein uns allen geläufiges Datum markiert, durch den 21. August, den Tag des Einmarsches in die ČSSR. Wie auch immer man die Prager Entwicklung im einzelnen gesehen haben mochte – und dies hing natürlich auch sehr stark von den Informationen ab, die einem zugänglich waren –: im Moment des Einmarsches war klar, daß hier etwas Entscheidendes geschehen, daß hier eine Chance für den Sozialismus zerstört worden war. Wie sich später herausstellen sollte: die letzte, die er gehabt hat. Aber dies mußte in dem Moment noch nicht klar sein.

Der 21. August war das Ende für das bißchen Ost-68, das es gegeben hatte, und er war es nicht deshalb, weil in dem Moment klar war, daß hier der Sozialismus, den doch auch wir wollten, um seine letzte Chance gebracht war, oder weil sich da eine Repressionswelle abzeichnete, die uns um alle Wirkungsmöglichkeiten bringen würde – diese Repressionswelle hat es in der DDR nicht gegeben. Für die Ost-68er bedeutete der 21. August das Ende ihres bißchens an Bewegung, weil ein paar wenige dieser Leute (zu denen auch ich gehörte) meinten, dieser Einmarsch sei ein Ereignis, das uns zu ei-

»Sozialisten und Kommunisten in aller Welt verfolgen heute mit wärmster Sympathie und von großen Hoffnungen erfüllt die politische Entwicklung in der ČSSR. Was hier geschieht, wird nicht nur für die Zukunft dieses Landes von entscheidender Bedeutung sein, sondern es wird weltweite Rückwirkungen zeitigen und tut dies schon heute. Zum ersten Mal wird hier der Versuch gemacht, Sozialismus und Demokratie in Übereinstimmung zu bringen. Bisher gab es in den sozialistischen Ländern wohl verschiedene Ansätze, den Teufelskreis des Stalinismus durch eine Art schleichende Demokratisierung zu durchbrechen. Aber das Bleigewicht der Parteibürokratie hat die wenigen hoffnungsvollen Versuche stets wieder gelähmt und zum Stillstand gebracht.«

Robert Havemann:
Sozialismus und Demokratie, a. a. O., S. 206.

»Der Stalinismus ist das System des Mißtrauens und der Heuchelei, die Demokratie das des Vertrauens und der freien und kritischen Meinungsäußerung. Im Stalinismus hat der Staat die Bürger, in der Demokratie haben die Bürger den Staat. Die Demokratie war die große Errungenschaft der bürgerlichen Revolution. Sie kann im Sozialismus nur in einem dialektischen Sinne aufgehoben werden, nämlich aufgehoben im Sinne von aufbewahrt und auf eine höhere Stufe gehoben und auch überwunden, nämlich in ihrer unvollkommenen und ungenügenden Form, die aus dem Fortbestehen der Ausbeutung im Kapitalismus resultiert und im Spätkapitalismus zur Aushöhlung und Entartung der Demokratie führt.«
 Robert Havemann:
 Sozialismus und Demokratie, a. a. O., S. 207-208.

ner Reaktion, einer eindeutigen Stellungnahme zwingen. Wir meinten, hier sei es mit einer bloßen Meinung, einer lediglich unter uns Gleichgesinnten ausgetauschten Meinung, nicht mehr getan. Wir waren uns in dieser Einschätzung so sicher, daß wir noch nicht einmal mehr glaubten, mit den anderen darüber diskutieren zu müssen. Wir gingen fraglos davon aus, daß alle anderen Ost-68er genauso denken und also auch dementsprechend handeln würden, wie wir das dann taten – ein folgenschwerer Irrtum. Wir meinten noch nicht mal, daß unser Protest ein organisierter sein müsse – was uns dann vielleicht doch auf die ängstlich Zögernden einen Einfluß hätte verschaffen können. Daß wir nur so wenige waren, zerstörte die Ost-68er-Bewegung, daß es in dieser kleinen Gruppe dann noch eine radikale Minderheit gab, sprengte sie. Der moralische Vorwurf, der von uns noch nicht einmal ausgesprochen wurde, ausgesprochen werden mußte, die anderen hätten versagt, aus bloßer Feigheit versagt, zerstörte den inneren Zusammenhalt. Die meisten Menschen, die zu dieser Gruppe gehörten, habe ich, nachdem ich aus dem Gefängnis zurückkam, nie wieder gesehen. Das, was wir getan hatten, beendete unser 68 aber auch deshalb, weil es sich bei dem, was wir taten, um eine bloße Reaktion handelte, um etwas, zu dem wir uns gezwungen fühlten – 68 bedeutete aber auch im Osten genau das Gegenteil, bedeutete die Aussicht, aus dem bloßen Reagieren herauszukommen, die Aussicht, selber aktiv zu werden und damit auch ein Stück an Freiheit zu gewinnen.

Soweit ich dies damals mitbekommen habe, hatte es in der ČSSR erst den Versuch gegeben, wirtschaftliche Reformen durchzuführen, die in etwa dem ähnelten, was in der DDR das NÖSPL, das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung war – mit der Begründung, daß in der DDR vergleichbare Reformen durchgeführt worden wären, unterstützte Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz mit Alexander Dubček in Karlovy Vary zwei Wochen vor dem längst geplanten Einmarsch den Weg der tschechoslowakischen Genossen – ich habe dies an dem Tag des Einmarsches als besonders perfide empfunden. Bei diesen Reformen, die in der ČSSR von Prof. Ota Šik, in der DDR von Leuten wie Erich Apel und Günter Mittag vorangetrieben wurden und die wohl in dem sowjetischen Ökonomen Liebermann ihren *spiritus rector* besaßen, ging es mit verschiedenen Akzentuierungen überall um das gleiche: um die Zurückdrängung der bis dahin allmächtigen zentralen Planungsbürokratie mit ihrer Tonnen-Ideologie, es ging darum, den einzelnen Betrieben mehr Entscheidungsfreiheit zu geben, sie auf einen von ihnen zu erzielenden Gewinn zu orientieren, es ging als notwendige Voraussetzung für dies alles um eine Industriepreisreform, durch die wenigstens im Warenverkehr der Betriebe untereinander erkennbar werden sollte, welche wirklichen Herstellungskosten ein Industrieprodukt besitzt. Und es ging darum, durch materielle Anreize für den einzelnen Arbeiter eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen und auf diese Weise den nicht erklärten, niemals von irgend jemand organisierten Bummelstreik der Arbeiterklasse zu durchbrechen, den es wohl nicht nur in der DDR gegeben hat.

Diese Intention der Reformen erklärt vielleicht, warum diese Reformbestrebungen nicht nur im Partei- und Staatsapparat, der um

seine Macht fürchtete, auf Widerstand stießen, sondern auch von den Arbeitern mit größter Skepsis betrachtet wurden. Wollte man hier einmal eine Klassenanalyse versuchen, so würde diese wahrscheinlich darauf hinauslaufen, daß diese Reformbestrebungen von einer Art von Mittelschicht getragen wurden, die sich auch in den sozialistischen Gesellschaften herausgebildet hatte, einer Mittelschicht, zu der die Leiter der Betriebe, der Genossenschaften, die technische Intelligenz, der gesamte Managementbereich bis hin zu Teilen der mittleren Ebene der Partei- und Staatsbürokratie gehörte. Zu dieser Mittelschicht gehörten aber auch alle anderen Teile der Intelligenz, zu ihr gehörten die Studenten, die Hochschulprofessoren, die Schriftsteller und Künstler, die Theaterleute. Innerhalb dieses Teils der neu entstandenen Mittelschicht nahm die Auseinandersetzung um die anstehenden Veränderungen die Form eines Kampfes gegen den Dogmatismus an. Was eigentlich jeder, der zu diesem Teil der Intelligenz gehörte, wollen mußte – außer, er hatte sich in der Vergangenheit zu stark mit der Politik der kleinen Führungsschicht der Partei verbunden –: das war eine Lockerung des Zugriffs der Partei auf alle Bereiche des geistigen Lebens, das war irgendeine Form der Liberalisierung des Systems.

In der DDR hatte Walter Ulbricht diese Reformbestrebungen, die von einer breiten Strömung innerhalb der Partei getragen wurden, die sich aber natürlich niemals organisieren konnte, erst unterstützt, dann aber, als er meinte, hier stelle sich die Machtfrage, hatte er die zwei Fraktionen der Mittelschicht mit ihren unterschiedlichen Intentionen und Interessen auseinander dividiert. Das berückichtigte 11. Plenum der Partei, auf dem 1965 Leute wie Stefan Heym, Manfred Bieler, Heiner Müller, Wolf Biermann und auch mein Vater auf das Schärfste angegriffen und auf der auch fast alle aktuellen Produktionen der DEFA kritisiert wurden, brachte dann die Entscheidung: keinerlei politische Reformen, keine Veränderung der Kulturpolitik, Beschränkung allein auf die ökonomischen Reformen. Diese Entscheidung sollte sich dann ein paar Jahre später bitter rächen, als es dann nämlich Erich Honecker im Verein mit dem großen Opportunisten Günter Mittag möglich war, all diese Reformen wieder zu kassieren, ohne dabei auf einen Widerstand der Mittelschicht zu stoßen, die um ihre Wortführer gebracht worden war, der auch keinerlei Mitspracherechte zugestanden worden waren.

In der ČSSR waren diejenigen in der Partei, die Reformen wollten, einen anderen Weg gegangen, nachdem die Bestrebungen von Ota Šik und seinen Leuten erst einmal auf den Widerstand der Bürokratie gestoßen waren und auch nicht, wie erhofft und erwartet, die Unterstützung der Arbeiter gefunden hatten. Sie hatten mit politischen Reformen begonnen – warum dies dort, im Unterschied zu DDR, möglich war, lassen wir mal einen Moment unbeachtet. Diese politischen Veränderungen führten zu einer noch nie da gewesenen Übereinstimmung zwischen Partei und Bevölkerung, diese Veränderungen setzten aber auch eine Dynamik frei, so daß niemand hätte sagen können, wohin diese Entwicklung geführt hätte, wäre sie nicht durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 beendet worden. Worüber wir hier also zu reden haben, das ist das nie, in keinem der sozialistischen Staaten gelöste Problem des

»... formierte sich schon auf dem Januarplenum (der KP der Tschechoslowakei – d. Red.) eine rechte revisionistische Gruppe – O. Šik, F. Kriegel, J. Smrkovský, J. Spaček, V. Slavik und andere –, die unter dem Deckmantel der Forderung nach einer Korrektur von Fehlern die Revision der Generallinie der Partei anstrebte, die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der Partei in Frage stellte, die politische Struktur der sozialistischen Gesellschaft zugunsten kleinbürgerlicher Spontaneität zerstören wollte und eine Veränderung der außenpolitischen Orientierung der ČSSR anstrebte.«
Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft.
Herausbildung und Entwicklung des realen Sozialismus von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (DDR) 1981, S. 383.

»Im Frühjahr 1968 formierten sich die Rechten im Zentralkomitee, die sich als ›Männer des Januar‹ ausgaben und die demagogische Losung vom Kampf der ›Progressiven‹ gegen die ›Konservativen‹ um einen ›besseren Sozialismus‹ verbreiteten, direkt als parteifeindliche Fraktion, die ihren Hauptschlag gegen die führende Rolle der Partei, gegen die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion richtete. Die Rechten besetzten zunehmend wichtige Positionen in vielen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft – in den Massenmedien, in der Wirtschaft, im Partei- und Staatsapparat – und entfachten eine Kampagne zur Diffamierung ehrlicher Parteifunktionäre.«
Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft,
a. a. O., S. 383-384.

Verhältnisses zwischen politischen und wirtschaftlichen Reformen. Wirtschaftliche Reformen ohne politische, das konnte es nicht geben. Politische Reformen aber stellten sofort die Machtfrage – auch wenn sich das in der ČSSR im ersten Moment nicht so darstellte und es in der Hauptsache um die Frage zu gehen schien, wer im sozialistischen Lager die Macht und das Sagen hat. Hier schuf dann die sogenannte Breshnew-Doktrin von der eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten Klarheit. Daß, wenn das System schon allein wegen der Veränderungen, die es selber bewirkt hatte, überleben und sich weiter entwickeln wollte, Reformen in Angriff genommen werden mußten – das wurde immer wieder einigen Gruppen im Machtapparat der sozialistischen Staaten bewußt. Reformen aber durchzuführen – das erwies sich als nicht möglich. An diesem Widerspruch sind diese Regimes untergegangen, dieser Widerspruch hat sicher auch dazu geführt, daß diese Parteien so schwach wurden, innerlich bereits zersetzt waren, als die Massen gegen sie aufbegehrten.

Wogegen auch wir Ost-68er aufbegehrten, das war die Allmacht der Partei, die kleinkarierte Ordnungswut ihrer Funktionäre, wogegen wir aufbegehrten, das war die ökonomische Ineffizienz eines Wirtschaftssystems, das von sich behauptete, das rationalste überhaupt zu sein, wogegen wir aufbegehrten, das war der Dogmatismus, der nicht sehen wollte, daß es neue Probleme in einer Welt gab, die sich veränderte, wogegen wir aufbegehrten, das war die phantasielose Politik einer Partei, die nicht zu begreifen schien, daß der Kunst, dem Gedanken Freiheit gegeben sein muß, soll sich eine Gesellschaft entwickeln können. Natürlich war das, was wir wollten, wonach wir verlangten, mehr Freiheit, aber es war dies eine Freiheit, die auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln basierte, eine Freiheit, die durch eine Demokratisierung des Sozialismus aus diesem Staatseigentum ein wirklich gesellschaftliches Eigentum werden lassen wollte. Das Konzept eines demokratischen Sozialismus, es war auch das unsere – ein anderes Alternativkonzept denn dieses, das den Sozialismus weiterentwickeln wollte, konnte es wohl nicht geben.

Wir reden jetzt mal nicht davon, ob dies ein in sich klares Konzept war (meiner Meinung nach war es das nicht), wir reden auch nicht davon, ob dieses Konzept bei einer nur etwas anders verlaufenden Entwicklung hätte verwirklicht werden können (was ich nicht glaube), wir reden jetzt mal nur davon, was dieses Konzept für eine Partei wie die PDS bedeutet, die sich eine des demokratischen Sozialismus nennt. Dieser demokratische Sozialismus, den wir erhofften, war, genau genommen, ein demokratisierter Sozialismus. Es ging um die Entwicklung einer Demokratie auf der Basis des Sozialismus, auf der Basis bereits vollzogener sozialistischer Umwälzungen. Das hat es nicht geben sollen, und der Moment, wo es galt, den Sozialismus aufzugeben, der nicht in der Lage war, eine solche Demokratie in sich herauszubilden, dieser Moment, in dem das auch Sozialisten zu tun bereit waren, hat dann eigentlich das Urteil der Geschichte über dieses Konzept gesprochen – so mochte man meinen. Ich verstehe dies auch vollkommen, daß sich Sozialisten in diesem historischen Moment für die Demokratie entschieden haben,

verstehe die von vielen gezogene Schlußfolgerung, daß dieser Sozialismus an einem Mangel an Demokratie zugrunde gegangen sei – trotzdem jedoch empfinde ich die Übernahme des Begriffs vom demokratischen Sozialismus durch die ehemalige SED als eine Art von Etikettenschwindel.

Nicht, daß ich dabei etwa mit anderen ehemaligen DDR-Oppositionellen irgendwelche Urheberrechte beanspruchen möchte. Darum geht es nicht. Was mich beunruhigt, ist, daß sich die Sozialisten wieder mal selber etwas in die Tasche schwindeln, die eigentlich leer ist und die auch ein solcher Begriff nicht füllen kann. War schon nicht wirklich klar, was ein demokratisierter Sozialismus sein könne, so dürfte, nach allem, was ich so zu hören bekomme, noch unklarer sein, was denn demokratischer Sozialismus in einer Welt wie derjenigen sein soll, in der wir jetzt leben, in einer Welt, die wir jedenfalls problemlos als eine kapitalistische bezeichnen können.

Ich kann nur davor warnen, Ziele zu propagieren, die überhaupt nicht zu erreichen oder die in sich so unklar sind, daß sie nichts wirklich Bestimmtes mehr meinen. Dies erlaubt dann nämlich auch eine durch nichts zu kontrollierende, durch keinerlei Kriterien zu beurteilende Realpolitik. Wir sehen das ja jetzt sehr gut an den Diskussionen innerhalb der SPD, bei denen es um die Frage geht, ob sie den Begriff des demokratischen Sozialismus aus ihrem Programm streichen solle oder nicht. Wenn man diesen Begriff nicht wirklich klärt und zum zentralen Begriff der eigenen Politik macht, dann kann man ihn eines Tages auch einfach streichen. Innerhalb der SPD gibt es natürlich auch Widerstand gegen diese beabsichtigte Streichung – zu denen, die sich dagegen aussprechen, gehört Wolfgang Thierse. Auf die Frage des Spiegel, wie er denn heute Sozialismus definieren würde, antwortet Thierse: »Als Ziel der gleichen Freiheit für alle durch gerechte Teilhabe an Arbeit, an Bildung und Kultur, an Demokratie.« Unabhängig von der Knappheit der Formulierung: Gibt es da einen wirklich wesentlichen Unterschied zum Programm-Entwurf der PDS? Worin besteht er?

Der *Spiegel* kommentiert diese Kurzdefinition von Thierse dann mit der Bemerkung: »Ihr Vorsitzender sieht das offenbar anders. Er sieht im Begriff *Sozialismus* die Beschreibung einer Gesellschaft mit ganz anderen Eigentumsformen.« Auch wenn Schröder mittlerweile sicher gegen einen solchen Sozialismus wäre, seine Betrachtungsweise, so sie denn mit dem übereinstimmt, was der *Spiegel* behauptet, ist eine sehr viel traditionellere. Lothar Bisky hat auf die Frage des *Neuen Deutschlands*, wie viel Sozialismus denn in der jetzigen Gesellschaft möglich sei, geantwortet: »Wir verstehen Sozialismus als Wertesystem, als Ziel, aber auch als Weg zu einer solidarischen, sozial gerechteren Gesellschaft. Konkrete Schritte zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Gleichheit und Freiheit, das sind konkrete demokratisch-sozialistische Schritte. Ich kann und will nicht den Plan einer neuen Gesellschaft vorlegen, sondern wir bestimmen die Richtung, in die es gehen soll.«

Ich verlange von einer Interviewäußerung nicht, daß sie begrifflich völlig klar sei, aber trotzdem würde ich das, was Lothar Bisky da gesagt hat, für signifikant halten – signifikant in seiner Überfrachtung, seiner Unklarheit. Ein Wertesystem, ein Ziel und der Weg zu diesem

»Schließlich bildete sich auch ein illegales Vorbereitungsgremium für das Wiedererstehen einer sozialdemokratischen Partei, die die Arbeiterklasse spalten und ins Fahrwasser der bürgerlichen Demokratie schleppen sollte. Ausdruck der koordinierten Offensive des reaktionären Blocks der Revisionisten, der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Reaktion, der tschechoslowakischen bürgerlichen Emigration und der imperialistischen Divergenz zentralen war schließlich die Veröffentlichung der konterrevolutionären Plattform der ›2000 Worte‹, die eine direkte Anleitung zur Zerstörung des sozialistischen Systems war.« Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft, a. a. O., S. 384

»In dieser Situation entschlossen sich fünf Teilnehmerländer der Warschauer Vertragsorganisation – die UdSSR, die DDR, die VR Polen, die Ungarische VR und die VR Bulgarien –, gestützt auf die Vereinbarungen von Moskau und Bratislava und das Hilfensuchen tschechoslowakischer Patrioten, zur militärischen Hilfsaktion für die Rettung des Sozialismus (Hervorhebungen i. O.) in der ČSSR. Der Einmarsch der verbündeten Truppen des Warschauer Vertrages am 21. August 1968 war ›ein Akt der internationalen Solidarität, der sowohl den gemeinsamen Interessen der tschechoslowakischen Werktätigen als auch der internationalen Arbeiterklasse, der sozialistischen Gemeinschaft und den Klasseninteressen der kommunistischen Weltbewegung entsprach. Durch diese internationalistische

Aktion wurde das Leben Tausender von Menschen gerettet, wurden die inneren und äußeren Bedingungen für ihre friedliche Arbeit gesichert, die Westgrenzen des sozialistischen Lagers gefestigt und die Hoffnung der imperialistischen Kreise auf Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zunichte gemacht.«
Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft, a. a. O., S. 386; die Fußnote zum Zitat lautet: Der Weg aus der Krise. Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin 1971, S. 50.

Ziel, das alles sei der demokratische Sozialismus – und es ist dabei von einer neuen Gesellschaft die Rede. Auch wenn Lothar Bisky deren Plan nicht vorlegen kann und will, irgendwann und von jemand anderem wird er – folgt man der Logik dieser Äußerung – uns vorgelegt werden können, dieser Plan, und da wären wir dann doch wieder bei einem Gesellschaftssystem, das zu erschaffen sei – wenn auch natürlich mit anderen Mitteln als der alte Sozialismus. Spricht er von den konkreten Schritten, von konkreten demokratisch-sozialistischen Schritten, dann erinnert dies natürlich an die Sozialdemokratie, und wir hätten das dann mit einer Wortumstellung von sozialdemokratisch zu demokratisch-sozialistisch zu tun, die vielleicht auch eine gewisse Akzentverschiebung beinhalten mag – dies mag als Wortklauberei erscheinen, aber die Frage dürfte sich wirklich stellen, ob denn der demokratische Sozialismus konkret etwas anderes bedeutet als eine soziale Demokratie, eine Demokratie, die soziale Fragen zu lösen in Angriff nimmt. Oder ist das so, daß vom Sozialismus erst mal nur Sozialisten übrig bleiben, die nun in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft agieren müssen?